

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Merkmalen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.
Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mose, Haasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement
auf die Monate Februar und März für die einmal täglich
erscheinende Pommersche Zeitung mit 67
Pfg., für die zweimal täglich erscheinende
Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
Die Redaktion.

C. H. Berlin, 22. Januar.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 22. Januar.
Präsident v. Loebeow eröffnet die Sitzung
am 2 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Böttcher,
Herrfurth, Graf Bismarck, Graf Hohenhausen,
von Marschall, königl. sächsischer Generalkriegs-
marschall Held u. A.

Präsident v. Loebeow: Leider muß ich
die Sitzung wieder mit einer Trauernachricht
eröffnen. Freiherr v. Franckenstein, ein hochver-
dienter, hochangesehener Mitglied des Hauses, ist
nach kurzer Krankheit, aber schweren Leiden heute
um 11 Uhr Vormittags in Berlin verstorben.
Ein echter deutscher Mann, fest und t. u. n. wahr
und ohne Furcht, selbstlos, recht und schlecht,
karg im Wort, aber von großer Thatkraft. Vor-
dem war er Mitglied des Reichstages, seit
1872 hat er diesem Hause angehört, von 1879
bis 1887 war er dessen erster Vizepräsident.
Seine Herren! Sie haben sich zum ehrenden An-
denken an den Verstorbenen von den Sigen er-
hoben. Ich danke Ihnen dafür.

Ohne Debatte wird der jüngst eingegangene
Nachtrag zum Etat, 187,000 Mark zum Umbau
eines Bürgers des auswärtigen Amtes bewilligt,
ebenso die Materialbeiträge, womit die dritte
Leihung des Etats abgeschlossen ist.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle
zum Sozialistengesetz.

Die Spezialdebatte, bei welcher auf Anre-
gung des Abg. v. Wendtungen möglichst
Spielraum gewährt werden soll, beginnt mit 2,
nach welchem den Erwerbs- und Wirtschafts-
genossenschaften die Erstellung unter das Genossenschafts-
gesetz zugesichert wird. Die Kommission
beantragt unveränderte Annahme dieses Para-
graphen nach der Regierungsvorlage.

Abg. Langewert von Simmern
(Welfe) erklärt sich gegen das Gesetz, da er grundsätz-
lich gegen alle Ausnahmengesetze sei.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Wenn ge-
sagt werden ist, die Sozialdemokraten sollen mit
geistigen Waffen bekämpft werden, so zeigt doch
ein Blick in die Reden von Wellmar, Zebel und
Lieberknecht, daß das absolut zu nichts führen
könnte. Diese Herren haben sich offen als Re-
publikaner und Antimonarchisten bekannt. Im
Uebrigen aber sehen wir, daß auch die repu-
blikanische Staatsform gegen die Sozialdemokratie
und gegen den Anarchismus nicht schützt, beson-
ders in Frankreich. Die sogenannte kapitalistische
Produktionsweise soll vernichtet werden und von
den Anarchisten wird schon lange der Mord für
ein erklärtes Kampfmittel erklärt. Hiergegen
helfen nicht nur die geistigen Waffen, sondern
wir müssen hier alle Gesetze anwenden, die uns
irgend zu Gebote stehen, und da das Strafgesetz
nicht ausreicht, wollen wir das Spezialgesetz be-
sorgen, welches uns bisher entschieden gute Dienste
geleistet hat.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) ver-
wahrt sich dagegen, jemals, wie der Vordrucker
gemeint, mit den Sozialdemokraten identisch zu
haben. Freilich bleibe er ein treuer Anhänger
des hannoverschen Königshauses bis an das
Ende seines Lebens, er bleibe aber dabei ein
gehorsamer Unterthan des Königs von Preußen und
Niemand werde ihm nachweisen können, daß er
jemals diese seine Unterthanenpflicht verletzt habe.
Der Sozialdemokrat gegenüber sei es aber auch
wirklich notwendig, mit geistigen Waffen zu
kämpfen und den Orden mußte ihre volle Frei-
heit wiederzugeben werden, damit sie ihre hohe
Mission, auch gegenüber den Sozialdemokraten,
ganz und mit Erfolg erfüllen können. Wir lassen
den Protestanten alle ihre Mittel, wir verlangen
aber auch Freiheit für uns, wir sind nicht
Deloten in Deutschland. In der Ausweisung-
frage sind ja zunächst die Kartellparteien noch
unrein. Freilich müssen die Herren erst noch
Herr Bismarck hören. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff erwidert, daß das
Brennum mit seiner Einigkeit sich nicht brüsten
könne.

Abg. v. Windthorst repliziert, daß noch
kein einziges Mitglied seiner Partei sich jemals
für ein dauerndes Ausnahmengesetz ausgesprochen
habe.

Hierauf wird § 2 nach dem Vorschlage der
Kommission angenommen, auch die folgenden
§ 3 bis § 10, welche von der Kommission nicht
abgeändert sind.

§ 11 Absatz 2 hat die Kommission dahin ge-
sagt: „Bei periodischen Druckschriften kann das
Verbot sich auf das fernere Erscheinen erstrecken,
sobald innerhalb eines Jahres nach einem auf
Grund dieses Gesetzes erfolgten Verbot ein
einzelner Nummer ein ferneres Verbot erfolgt.“

Abg. Dieckhoff (Hamburg) bemängelt
die Ausführung dieser Bestimmung, indem er
auf Grund eines Artikels über russische Zustände
verboten worden sei. Eine solche Anwendung
dieser Bestimmung habe der Gesetzgeber nicht ge-
wollt. Seyer und Drucker seien durch dieses
absolut ungerichtete Verbot schwer geschädigt,
er selbst aber sei ungeschädigt worden. Das-
selbe Schicksal habe einen anderen Ham-
burger Literaten, den jetzt verstorbenen Wedde,
erfahren. Genügt habe die Maßregel den
Kartellparteien nichts, im Gegenteil, die Agita-
tion für die Sozialdemokratie sei dadurch
erleichtert worden. Auch die „Vürger-Zeitung“
habe man wegen eines Artikels, der durchaus
nichts Aufregendes enthielt, verboten und den
Verleger ausgewiesen. Beide Fälle seien ein be-
reites Zeugnis dafür, wie der Senat in Ham-
burg das Ausnahmengesetz handhabt. Wenn Herr
Wormann bei den nächsten Wahlen einem Sozial-
demokraten Platz machen müsse, dann möge er
sich dafür bei dem Senator Harmanen bedanken,
der sich durch schnelle Verfolgung der Sozial-
demokraten hervorgethan habe.

Abg. Kulemann (natl.) rechtfertigt den

Vorschlag der Kommission, der gegenüber der
Borlage der verbündeten Regierungen eine er-
hebliche Milderung enthalte. Die Bestimmungen,
welche die Kommission dem Gesetze hinzugefügt
habe, seien von dem Bestreben diktiert worden,
sich so wenig wie möglich von den Bestimmungen
des gemeinen Rechts, hier also des gemeinen
Presserechts zu entfernen.

Abg. Singer (Soz.): Welche Wirkung
die von der Kommission vorgeschlagenen Mit-
derungen haben werden, das kann der Reichstag
nicht entscheiden, denn es kommt lediglich auf die
Ausführung derselben an. Deshalb kann es auch
ziemlich gleich sein, ob sie die Kommissionen-
vorschläge annehmen oder nicht. Um Ihnen ein
Bild von den Wirkungen des Sozialistengesetzes
zu geben, theile ich Ihnen mit, daß von 1878
bis 1888 nicht weniger als 1299 periodische und
nichtperiodische Druckschriften verboten worden
sind. Dadurch sind nicht nur die Verleger
wirtschaftlich geschädigt, sondern es sind auch
eine große Anzahl von Arbeitern dem Verderben
anheimgegeben worden. Es ist selbstverständlich,
daß dadurch die Zusammengehörigkeit der Partei
wesentlich gestärkt wird. Der Abg. Kulemann
hat der sozialdemokratischen Partei vorgeworfen,
sie preige und verberliche den Meinid; ich
müßte ihn dringend bitten, mit diesem Unfug end-
lich anzuhören. Ein Anarchist kann nach
meiner Ueberzeugung, trotzdem er Anarchist
ist, ein durchaus edler Mensch sein. (Dhol) Es
handelt sich hier um eine Weltanschauung, welche
eine andere gegenübersteht, und so lange ein
Anarchist nicht sich einer mehrheitlichen Hand-
lung schuldig gemacht hat, hat Niemand ein
Recht, ihn als einen Mörder oder Verbrecher
hinzustellen. (Hört! hört!) Ihr hört, hört
ändert an der Sache durchaus nichts, ich will
den gegenüber nur noch erklären, daß wir die
Anarchisten bekämpfen und ihnen feindlich gegen-
überstehen, daß wir aber daraus kein Recht her-
leiten. Andersdenkende wegen ihrer Anschauungen
zu beschimpfen. Nach dieser Erklärung, die ich
den früheren Ausführungen des Abg. Kulemann
gegenüber für notwendig erachtete, werde ich
nicht mehr notwendig haben, auf unsere
Stellung zum Anarchismus noch einmal zurückzu-
kommen. Sozialismus und Anarchismus unter-
scheiden sich wie Feuer und Wasser von einander.
(Heiterkeit rechts.) Der Bevollmächtigte für
Baden hat in der ersten Lesung dieses Entwurfs
aus sozialdemokratischen Flugblättern Stellen
hier vertreten, welche nicht darin stehen, oder
welche im Zusammenhang einen ganz anderen
Sinn haben. In einer solchen Weise werden
Sie unsere Anordnungen niemals genügend
kennen lernen. Wollen Sie der Verwaltungs-
behörde die Möglichkeit geben, eine große politi-
sche Partei in jeder Weise wirtschaftlich zu
schädigen oder zu ruinieren, so thun Sie es, wir
werden uns dadurch nicht beirren lassen, wir
werden Ihnen beweisen, daß wir härter sind als
das Sozialistengesetz, wir werden Ihnen be-
weisen, daß die Sozialdemokratie dieses Gesetz
überdauert.

Der badische Bevollmächtigte Frhr. von
Marschall bleibt diesen Behauptungen gegen-
über bei seinen früheren Ausführungen stehen
und weist durch Vorlegung der Flugblätter nach,
daß er sowohl wörtlich, wie dem Sinne nach
richtig zitiert habe.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Daß der
Anarchismus nach den Ausführungen des Abg.
Singer eine Anschauung sei, die auch mit
geistigen Waffen bekämpft werden kann, dies an-
zunehmen, ist etwas naiv. Wir werden dafür
sorgen, daß diese Anschauung die möglichste Ver-
breitung in Deutschland findet.

Abg. Kulemann tritt den Ausführungen
Eingangs entgegen. Seine Ansichtweise sei
eine außerordentlich bedenkliche gewesen. Wollen
Sie denn bestreiten, daß ein Mann eine ent-
scheidende Handlung begangen, wenn er einen politi-
schen Mord begangen hat? Im Uebrigen bleibt
Redner dabei, daß die Sozialdemokratie den Mein-
id für zulässig erachtete.

Abg. Ricker (Hr.) tritt den Ausführun-
gen des badischen Bevollmächtigten entgegen und
betont namentlich, daß nach seiner Rede in der
ersten Lesung die Verhältnisse in Baden in Be-
zug auf die Ausführung des Sozialistengesetzes
besser geworden seien. Ferner bemängelt Redner,
daß der Bevollmächtigte aus sozialdemokrati-
schen Flugblättern nach dem Gedächtnis falsch
zitiert habe.

Frhr. v. Marschall erwidert, daß er nicht
aus dem Gedächtnis und nicht falsch zitiert habe.
Was die badischen Verhältnisse anlangt, so ist
Herr Ricker mit denselben nunmehr zufrieden.
Nun, ich bin auch zufrieden. (Heiterkeit.)

Abg. Singer konstatirt, daß er den An-
archismus nicht vertheidigt, sondern im Gegen-
theil sich und seine Partei als die prinzipiellsten
Begner desselben hingestellt habe. Herr v. Kar-
dorff habe aus seinen Worten Schlüßfolgerungen
gezogen, zu denen er nicht berechtigt war.

Darauf wird die Verabingung vertagt.

Präsident v. Loebeow zeigt dem Hause
an, daß ihm seien ein Telegramm des Kaisers
zugegangen sei, dahin lautend: (Das Haus er-
hebt sich.) Dem Reichstage drücke ich mein Bei-
leid aus zu dem Tode des Freiherrn v. Francken-
stein. Ich verahre in ihm einen Mann von vor-
nehmer Gesinnung und wahrem Patriotismus für
Baiern und sein deutsches Vaterland. (Hr.)
Witzelm. M. H., so fügt der Präsident
hinzu, indem Sie sich von den Kläsen erheben,
sprechen Sie zugleich den ehrfurchtsvollsten Dank
aus für die Theilnahme, die Sie Majestät an
dem Verluste des Reichstages Genommen hat.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung
des Sozialistengesetzes.

C. H. Berlin 22. Januar.
Preussischer Landtag.

Abgeordneten-Haus.
4. Sitzung vom 22. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Am Ministerische: von Scholz, von Völ-
ticher und Kommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten
Beratung des Etats pro 1890-91.

Abg. Dr. Emmeerus (natl.): Ich habe
es sehr bedauert, dem Abg. Ricker gestern nicht
gleich auf seine Ausführungen antworten zu
können. Ich will auch heute nicht auf alle seine
Ausführungen eingehen, bemerke nur zunächst,

daß eine Verengung der Verhältnisse der Lehrer,
auf welche Herr Ricker ausführlich eingegangen
ist, bei der Beratung des Etatssetats wird ein-
treten können. Ich begreife nicht, wie Herr
Ricker in dem Antrage des Abg. Dr. Sattler,
den Eisenbahnetat an eine besondere Kommission
zu verweisen, eine Antimotivität gegen die Eisen-
bahnverwaltung hat erblicken können. Nicht eine
Antimotivität hat diesen Antrag hervorgerufen, son-
dern einfach der Wunsch, einmal eine genaue
Prüfung dieses Etats herbeizuführen, der so er-
heblichen Einfluß auf den ganzen Etat ausübt.
Wenn Herr Ricker gestern behauptete, daß kein
Mensch daran denke, die Getreidezölle aufzuheben,
ohne eine Revision der gesamten Schutzzölle-
gesetzgebung, so verweise ich ihn nur auf einen
mir vorliegenden Antrag auf Aufhebung der Ge-
treidezölle, der von Sozialdemokraten und den
Freimüthigen unterzeichnet war. (Hört! hört!)
Was die Ueberweisungen vom Reiche anlangt,
so beziehen wir von demselben nur 25 Millionen
mehr, als wir an das Reich abliefern. Dazu
kommen die erheblichen Ausgaben, welche dem
Reiche in Zukunft bevorstehen, die hier schon
wiederholt angedeutet sind, und es geht daraus
hervor, daß die Bewilligung der Reichsteuern
eine Nothwendigkeit und ein Gebot vornehmer
Finanzpolitik war. (Beifall.) Wenn ich hier-
bei zugleich einen Wunsch ausdrücken dürfte, so
ist es, daß endlich einmal die Veräußerung der
preussischen mit den Reichsfinanzen aufzuheben
müßte. Die Sache ist aber sehr schwierig, weil
eine Verfassungsänderung dazu notwendig wäre.
Indessen glaube ich, daß das Ziel durch eine ge-
richtliche Finanzanstellung wohl zu erreichen sein
dürfte. Herr Ricker hat gestern ausgeführt, daß
ausgesprochen zwar die Finanzlage eine günstige sei,
daß aber in Zukunft einmal ein Rückschlag ein-
treten könnte. Der Eisenbahnetat weist nach
jährl. der Verzinsung der gesamten Staats-
eisenbahndarlehens einen Ueberschuß von 143 Millio-
nen nach. Und das ist nach Herrn Ricker noch
viel zu niedrig geschätzt. Bei solchen Ueber-
schüssen ist doch ein Rückschlag, wie ihn Herr
Ricker voraussetzt, nicht zu fürchten. Gern will
ich zugeben, daß trotzdem große Vorsicht geboten
ist, weil der Eisenbahnetat Schwankungen ausge-
setzt ist, aber die günstige Finanzlage legt der
Staatsregierung die Pflicht auf, das Eisen zu
schmelzen, so lange es warm ist und mit den
Längst als dringend anerkannten Reformen vor-
zugehen. Als solche steht in dem Vordergrund
die Reform der Einkommensteuer. Ich will die
Gründe nicht unterführen, welche die hinaus-
schiebung dieser Reform veranlaßt haben, aber
mein Bedauern über die Verzögerung kann ich
nicht unterdrücken. Nach der Thronrede soll die
Reform in Vorbereitung sein. Das ist ein weit-
gehender Beizug und ich spreche den Wunsch
aus, daß damit so bald als möglich vorgegangen
werden möge. Wir wünschen diese Reform als
eine soziale Einrichtung, als eine Entlastung der
kleineren und stärkeren Heranziehender der großen
Einkommen; wir wünschen die Reform nicht als
eine Steuererhöhung, sondern als eine gerechtere
Verteilung der Steuern. Die Gewerbesteuer ist
für die kleinen Gewerbetreibenden besonders
drückend. Eine Erleichterung der Kommunen
durch Ueberweisung der Grund- und Gebäude-
steuer ist schon längst gewünscht, sie ist aber auch
dringend erforderlich zur Durchführung der Re-
form der Landgemeindeordnung. Trotz dieser
Wünsche für die Zukunft ist doch auch besonders
die Fürsorge für die Erhöhung der Beamten-
gehälter anzuerkennen, welche uns schon gegen-
wärtig in Aussicht gestellt ist. Ich hoffe, daß
uns solche eingehenden Vorschläge gemacht werden,
nach welchen nachher nur eine kalkulatorische
Umlagerung des Etats erforderlich ist. Die Er-
höhung der Besoldung ist gegenwärtig dringend
notwendig und ich schließe mit der Bitte, daß
uns die erforderlichen Vorschläge recht bald zu-
gehen mögen. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst (Zr.): Es ist ge-
sagt worden, der Etat biete ein erfreuliches Bild.
Das ist wahr und auch nicht wahr. Für die Gegen-
wart ist es richtig, für die Zukunft zweifelhaft.
Dies fordert uns zur Verzicht auf. Dazu kommt,
daß die Ueberweisungen aus dem Reiche immer
spärlicher fließen werden. Der Marine-Etat
wächst immer mehr an und ich bin überzeugt,
daß er im nächsten Jahre neue Forderungen an
uns stellen wird. Das liegt in der Natur der
Sache. Armee und Marine erfordern große
Mittel. Die Bedeutung der parlamentarischen
Körper in Bezug auf diese Dinge besteht im
wesentlichen darin, daß die Zustimmung des Par-
laments zu den Ausgaben notwendig ist. Dieses
Bewußtsein fordert die Regierung zur Sparsam-
keit auf. Die Bedeutung des Parlaments besteht
nicht in dem, was es thut, sondern in dem,
was es verhindert. Ob der gegenwärtige Reichs-
tag in dieser Beziehung den richtigen Druck aus-
geübt, will ich dahin gestellt sein lassen, nach
meiner Ueberzeugung ist die Komposition des ge-
genwärtigen Reichstages eine solche, daß die Re-
gierung stets auf die Zustimmung zu ihren Vor-
berungen rechnen kann. Dazu kommt die Aus-
scheidung des Alters- und Invalidenversorgungs-
gesetzes. Dies ist eine Schranke ohne Ende und
wir werden bald dahin kommen, zulegen zu
müssen, was fehlt. Dieses Ziel behalte ich im-
mer im Auge. Wir haben nun auch die Erhö-
hung der Beamtengehälter, zu denen ich im
Reichstage erheblich mitgewirkt habe. Wir werden
in Folge dessen ungeheure Summen ge-
brauchen, das kann nicht zweifelhaft sein. Auch
die Gehälter der Landräthe müssen aufgehoben
werden, denn ich halte es nicht für erwünscht,
daß eine so große Zahl von jungen Altsassen
auf diesem Posten sitzt. Dies wird bei den
nächsten Wahlen zum Ausdruck kommen. Man
soll dabei die Interessen des Vaterlandes im Auge
behalten und nicht die Parteien verunglimpfen,
wie das z. B. der Landrat in Wiesfeld mir
gegenüber gethan hat. Derselbe hat mich u. A.
einen „Welfen“ genannt. Ich werde dem ham-
burschen Königshaus treu bleiben, aber ich weiß
auch, was ich als preussischer Unterthan schuldig
bin. Das welfische Königshaus ist glorreich in
der Geschichte und steht keinem andern Königs-
hause nach. Die Bezeichnung als Welfe ist an
sich keine Verleumdung, sondern eine Ehre, aber
in der Verbindung, wie sie der Landrat in Wie-
sefeld gebraucht hat, ist es eine Verleumdung und
ich erwarte von dem Herrn Minister des Innern,
daß er dem Landrat sagt, daß er einen höflichen
Bod geschossen hat. (Große Heiterkeit.) Zu dem
Etat zurückkehrend, halte ich die Reform der
Steuern für eine Pflicht der Regierung, nicht

nach der Richtung der Erhöhung, sondern der
gerechtere Verteilung. Was nun die Ver-
mehrung anlangt, so denunziere ich Sie Alle hier
mit Rücksicht auf die Wahlen, daß Sie die Ver-
mehrung aufheben wollen. Wir wollen das nicht,
wir setzen eine Ehre darin, die Ueberweisungen
der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen
herbeizuführen zu haben. (Abg. Ricker: Grund-
und Gebäudesteuer?) Mit Bezug auf den Etat
sage ich Sparfamkeit ist das Einzige, was uns
retten kann und keine Projekte. (Beifall im
Zentrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.)
beginnt mit einem Danke an die Regierung für
die vorsichtige Aufstellung des Etats. Ich müßte
jedoch, so fährt er fort, bedauern, daß mit der Reform
der Einkommensteuer noch nicht vorgegangen ist, um
so mehr, weil nach meiner Ansicht die Verbin-
dung mit der Grund- und Gebäudesteuer die
Sache nur erschwert. Wir halten diese Reform
für eine Forderung der Gerechtigkeit und wenn
die Sache nicht in Fluß kommt, so ist es nicht
unser Schuld. Auch wir wollen mit einer Er-
höhung der Beamtengehälter vorgehen und zwar,
weil der steigende Wohlstand es nicht zuläßt, die
Beamten mit geringerem Gehalt abzufinden. Ich
habe deshalb im Namen meiner Partei die Er-
klärung abgegeben, daß wir von dem Herrn
Finanzminister angegebene Weg betreten wollen.
(Beifall.) Was den Etat der Eisenbahnverwal-
tung anlangt, so bin ich der Ansicht, daß derselbe
einen Vergleich mit der Reichs-Postverwaltung
abschleut nicht ausläßt. Diese beiden Verwaltungen
haben einen vollständig heterogenen Charakter.
Die Behauptung des Abg. Dr. Emmeerus, daß
der Eisenbahnetat in einer besonderen Kommission
gründlicher beraten wird, als in der Budget-
kommission, kann ich nicht anerkennen und werden
wir gegen diesen Antrag stimmen. Ich habe
dann darauf hingewiesen, daß die Resultate der
Verpachtung der Domänen als ein Beweis gelten
müssen für den wenig guten Stand der Land-
wirtschaft. Dies giebt sehr ernstlich zu denken
und ich gebe der Regierung anheim, die Frage
der Domänenverpachtung nicht vom Standpunkte
der Finanzverwaltung allein, sondern auch vom
Standpunkte der Staatsverwaltung zu betrachten.
Auf den Etat gehe ich nicht weiter ein, ich schließe
mit dem Ausdruck des Dankes an den Herrn
Finanzminister für die Aufstellung des Etats.
(Beifall rechts.)

Finanzminister v. Scholz: Die gestrigen
und heutigen Ausführungen geben mir wenig
Veranlassung zu Aufklärungen oder zu Nichtig-
stellungen. Der Abg. Windthorst hat eine
ganze Reihe von Ausführungen gemacht, in denen
ich ihn als guten Verbündeten der Finanzver-
waltung erkennen muß. Dagegen habe ich dem
Abg. Ricker Einiges zu erwidern. Derselbe hat
über das Einschlagsverfahren Lage geführ-
und mich gefragt, ob ich eine Generalverfügung
erlassen hätte, nach welcher die kleineren Grund-
besitzer strenger abgeprüft werden sollten, als die
größeren. Ich kann natürlich diese Frage ver-
neinen. Ich habe überhaupt keine Generalver-
fügung erlassen. Was die Mittelteilung der
„Frankfurter Zeitung“ anlangt, wonach die
größeren Grundbesitzer durchweg nur ein Drittel
ihres Einkommens besteuern sollen, so hat der
Herr General-Steuer-Direktor Abstand von irgend
einer Untersuchung genommen, weil es sich um
eine anonyme Denunziation gegen einen anonymen
Denunzianten handelt, der man nicht die Ehre an-
thun dürfe, weiter darauf einzugehen. (Sehr
wahr! rechts.) Ich habe natürlich nichts weiter
darin gethan, wie ich dies hier offen bekenne. Herr
Ricker, der seine Kenntnisse aus der „Frei-
müthigen Zeitung“ schöpfen scheint, hat nun
im Reichstage eine Erklärung der Zeitung wieder-
holt, daß der Eisenbahnminister viel energischer
für seine Beamten vorgehe, wie der Generalpost-
meister, indem er zur Aufbesserung der Besol-
dung der Eisenbahnbeamten 7 1/2 Millionen flüssig
gemacht habe. Ich habe die Notiz der „Frei-
müthigen Zeitung“ gelesen, die noch hinzügte,
daß der Finanzminister über alle möglichen Dinge
im Abgeordnetenhaus gesprochen, aber dieses
Vorgehen nicht erwähnt habe. Als ich diese
Notiz las, bekam ich erst keinen gelinden Schreck,
weil ich glaube, den Etat nicht zu kennen oder
falsch verstanden zu haben. Bei näherer Durch-
sicht des Etats fand ich dann, daß diese
7 1/2 Millionen in einer Nachweisung sich befanden,
und daß diese Summe alle Arbeitslöhne, alle
Beamtengehälter und Erhöhungen in sich schließt,
letztere schon seit 2 Jahren. (Heiterkeit.) Auf
die allgemeinen Klagen des Abg. Ricker näher
einzugehen, kann ich mir wohl versagen. Was
die Reform der Einkommensteuer anlangt, so bin
ich nicht in der Lage, etwas Anderes darüber zu
sagen, als in der Thronrede gesagt ist. Für die
allseitige Zustimmung zu dem von der Regie-
rung vorgeschlagenen Wege der Herbeiführung
der Erhöhung der Beamtengehälter sage ich dem
Hause im Namen der Regierung den wärmsten
Dank. Die Regierung wird auf dem vorge-
schlagenen Wege nunmehr vorgehen und will ich
hier gleich erklären, daß in dieser Erhöhung auch
die Volksschullehrer mit einbezogen sind, wenn
auch wegen ihrer besonderen Stellung in einer
besonderen Weise. Es wird dem Hause darüber
eine besondere Vorlage zugehen. (Beifall.)

Abg. Ricker (Hr.) erwidert dem Abg.
Emmeerus, daß die Erhöhung der Zölle im
Reiche unter keiner Bedingung durch die Aus-
gaben in Preußen bedingt gewesen sei. Die
Erhöhung der Getreidezölle allein habe eine
Steigerung des Militäretats von 14-15 Mil-
lionen zur Folge gehabt. Der von dem Abge-
ordneten erwähnte Antrag wegen Aufhebung der
Getreidezölle im Reichstage sei ein sozialdemo-
kratischer Antrag gewesen, den nur einige frei-
müthige Abgeordnete unterschrieben hätten, damit
derselbe die nötige Zahl von Unterschriften er-
halte, um im Plenum überhaupt zur Verhandlung
zu gelangen. Dies sei ein bekanntes Verfahren
bezüglich der Anträge der kleineren Parteien.
Den Standpunkt, daß die Aufhebung der Ge-
treidezölle nicht einseitig, sondern nur in Verbin-
dung mit der Reform der gesamten Schutzzölle
erfolgen könne, habe die freimüthige Partei
stets festgehalten. Dem Herrn Finanzminister
sei er für die Erklärung, daß er eine
generelle Anordnung bezüglich der Steuer-
erschätzung nicht erlassen habe, dankbar. Die
Mittelteilung der „Frankfurter Zeitung“ anlangend,
so sei er der Ansicht, daß die Sache doch für den
Finanzminister von Bedeutung sein sollte, und
der betreffende Einsender der Notiz habe jetzt die
Verpflichtung, dem Herrn Minister von den That-

sachen unter Nennung der Namen die erforder-
liche Mittelteilung zu machen. Bezüglich der Re-
form der direkten Steuern verlangen wir von
dem Minister die Antwort, ob bezüglich derselben
noch in dieser Session eine Vorlage zu erwar-
ten sei.

Abg. Graf Kanitz (konf.): Auch die Land-
wirtschaft stehen auf dem Standpunkte, daß sie die
Schutzzölle als ein unentbehrbares Ganze betrachten.
Nicht bloß die landwirtschaftlichen Zölle ver-
zerrern das Leben, sondern auch die Industrie-
zölle, aber die landwirtschaftlichen Zölle gehen
mit den Industriezölle Hand in Hand, und wür-
den diese fallen, so würde über unsere Industrie
eine schwere Kalamität hereinbrechen. Wir ver-
treten noch heute den Standpunkt, daß wir die
Industrie schützen wollen, aber nur so lange, als
auch die Landwirtschaft geschützt wird. Soll
das Prinzip des Schutzzölles aufgehoben werden,
so fällt auch jeder Grund dafür fort, die deutsche
Kolonialindustrie noch länger in dem Besitz ihres
Privilegiums gegenüber der ausländischen Kolbe
zu lassen. Redner tritt hierauf verschiedene
Flugblätter der freimüthigen Partei und betont
den Ausführungen derselben gegenüber, daß die
Herren sich wohl hätten werden, für die Auf-
hebung der Industriezölle zu stimmen, weil sie
dadurch die Stimmen der Arbeiter bei den
nächsten Wahlen verlieren würden. Zum Schluß,
so fährt Redner fort, möchte ich die Herren
bitten, nicht einen künstlichen Gegensatz zwischen
kleinem und großem Grundbesitz zu konstruieren.
Das Einkommen zwischen beiden beruht auf
den gegenseitigen Interessen und auf dem gegen-
seitigen Vertrauen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Die Schlag-
worte, welche Ricker in diese Diskussion in Bezug
auf die Wahlen hineingeworfen hat, werden uns
bei den Wahlen wenig Schaden thun. Ueber die
letzte Ausführung des Herrn Finanzministers
kann ich nur mein Bedauern ausdrücken. So
sehr ich sonst mit allen seinen Ausführungen
einverstanden bin, so sehr bedauere ich seine Er-
klärung bezüglich der Steuerreform. Die Ge-
werbesteuer hat ihre großen Mängel, nicht ge-
ringer sind die Mängel der Einkommensteuer.
Eine große Gefahr liegt in der Veräußerung der
Reform dieser Besteuerung mit den Realsteuern,
welche die Befristung auskommen läßt, daß wir
zu dieser Reform überhaupt nicht kommen. Jetzt
ist aber die Zeit zu einer Reform und ich kann
nur den dringenden Wunsch ausdrücken, daß die
Staatsregierung möglichst rasch mit dieser Re-
form vorgehen möge. Was den Etat selbst
anlangt, so erkenne ich die vorsichtige Aufstellung
des Etats an und wenn wir den Antrag gestellt
haben, den Eisenbahnetat an eine besondere Kom-
mission zu verweisen, so hat dies darin seinen
Grund, daß in der Budgetkommission mehr der
finanzielle Standpunkt zur Prüfung gelangt,
während bezüglich des Eisenbahnetats auch die
wirtschaftliche Bedeutung dieses Etats zur Prü-
fung gelangen muß. (Beifall.)

Die Generaldiskussion wird hierauf ge-
schlossen.

Die verschiedenen Kapitel und Titel des
Etats werden nach dem Antrage der Abg. von
Venda u. Gen. an die Budgetkommission
gewiesen.

Der Antrag von Ehnern u. Gen. auf
Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine beson-
dere Kommission wird abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.
Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Etat.

Deutschland.

Berlin, 22. Januar. Der Kaiser hat
folgende Ordre erlassen:

Ich bestimme: 1) Die Kavallerie wird nach
Maßgabe der verfügbaren Mittel mit Ersatzvor-
lagen des Mir vorgelegten Modells ausgerüstet.
2) Die leichte Kavallerie hat fortan Lanzenlagern
nach der für die Kürassier- und Ulanen-Regi-
menter festgesetzten Probe zu führen.

Der Kaiser hat betreffs der diesjährigen
Feier seines Geburtsfestes bestimmt, daß die
vorgezeichneten Armeetruppen für den 27. Jan-
uar d. J. abgezogen werden soll, und daß außer-
dem sowohl die in den Garnisonen üblichen Pa-
raden, als auch die Festessen der Offizierkorps
— diese jedoch ohne Musik — sowie die Spei-
sungen der Mannschaften stattfinden dürfen. Da-
gegen sollen die für den fraglichen Tag etwa
sonst in Aussicht genommenen Ausfahrten bis
nach Ablauf der Anmarschstrassen verschoben werden.

Aus Dessau wird berichtet, daß die
am 19. d. M. gehaltenen Wahlen des von der
nationalliberalen Partei aufgestellten Kandidaten
Könige einen so durchschlagenden Erfolg gehabt
haben, daß nunmehr auch die Konserve n, die
sich bisher dieser Kandidatur gegenüber zurück-
haltend benommen hatten, zum großen Theil
wenigstens für denselben eintraten dürften. Ob
der ähnerste Kandidat der Deutschfreimüthigen (der
weitläufig zahlreichste gemäßigste Theil der selben
stimmt für Könige) einen eigenen Kandidaten
stellen wird, darüber verlautet noch nichts
Bestimmtes; jedenfalls wäre diese Kandidatur
ebenso aussichtslos, wie die des Sozialdemokraten
Poljan.

Als kritischen Tag erster Ordnung hat
Professor Rath den 21. Januar bezeichnet, und
die üblichen Hubschposten sind inzwischen auch ein-
getroffen. So wird dem „Berliner Tageblatt“
unter heutigem Datum depeßirt:

Fast alle aus dem altmährischen Ozean im
englische Häfen einlaufenden Dampfer haben zum
Theil schwere Havarien erlitten und melden, daß
im Ozean merkwürdige heftige Stürme wüthen.
Große Besorgnisse werden für mehrere Dampfer
gebeut, die aufeinander arg mitgenommen gesehen
wurden, denen aber des herrschenden Sturmes
und hohen Wellenganges wegen keine Hilfe ge-
leistet werden konnte.

Vom Meldung aus Newyork sind merkwürdige
Schneefälle im Innern der Vereinigten Staaten
niedergegangen; in Nevada liegt der Schnee bis
seitig Fuß tief, Unmengen Vieh sind bereits um-
gekommen. Die Verbindung mit dem Westen
scheint für längere Zeit unterbrochen.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 21. Januar. Als charakteristisch
ist zu konstatiren, daß man sowohl in Regierun-
gskreisen, wie im Volke durch das englische Ultra-
matium durchaus überragt wurde. Portugal
hatte von Anfang an nicht nur gebüßt, sondern
seit darauf gerechnet, daß die Beilegung des
Konfliktes durch einen europäischen Schiedsrichter-



Gewagtes Spiel

Der Kampf um eine Million.

4) Ich weiß wirklich nicht, wer der größte Schwachkopf ist... rief die Wahrsagerin.

Die Wahrsagerin öffnete den Mund zu einer Entschuldigun... Schweigel sagte ich Dir! donnerte bei ich.

Wie von einer Schlange gebissen, fuhr Heinrich empör... Was sagst Du da? rief er mit allen Zeichen des Zornes.

wahrscheinlich nicht erkennen. Wir müssen ein wachsam Auge auf den Vurschen haben.

Aber der Brauchbarke von der ganzen Bande... antwortete Heinrich und Leide vertieften die Scheune.

Ein Nährmittel ersten Ranges... außer seinen qualitativen u. prakt. Eigenschaften.

Wise Vorboten... Fast die Hälfte der Menschheit ist jetzt von einer schrecklichen Krankheit ergriffen.

Bekanntmachung... Die Kirchensteuer pro 1889/90 sind nach erfolgter oberaufsichtlicher Genehmigung.

Kirchliche Anzeigen... Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, Abendausicht in der Sakristei.

IV. Vortrag für die Stadtkommission... Donnerstag, 23. Januar, Abends 7 Uhr.

Lehr-Institut für wissenschaftliche Zuschneide-Kunst... Herr J. Shermann.

Konzessioniertes Leih-Haus... Albrechtstr. 3b, II. bezieht alle Verlagsgegenstände.

Freunde des Reiches Gottes... Versammlung heute, Donnerstag, Abends 7 Uhr.

Schneider-Akademie aus Berlin... Damen können in kurzer Zeit im Zuschneiden nach der mit höchstem Preis prämierten Methode.

Katholischer geselliger Verein... Donnerstag, den 23. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Verein ehemaliger Pioniere... In Folge des Beschlusses der gemeinsamen Sitzung aller Kriegervereine.

Patriotischer Kriegerverein... Die Kaisergeburtstagsfeier ist bis nach Aufhebung der Landesfeier auf Mittwoch, den 19. Februar.

Schlosser-, Zeugschmiede-, Büchsenmacher- u. Seilenspanner-Gesellen... Schlosser-Innung.

Stettiner Handwerker-Verein... Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, Kl. Domstraße 21.

Zwangsversteigerung... Am Freitag, den 24. d. Mts., Vormittags von 11 Uhr ab versteigere ich in Grabow a. D.

Familien-Anzeigen... Geburten: Ein Sohn: Frau Kapitan Plegier (Grabow).

C. Mundt, Reichs-Kommissarius... empfiehlt sich einem geehrten Publikum Stettins und der Umgegend bei vorkommenden Trauerfällen.

National-Liberaler Wahl-Verein für Stettin und Umgegend.

Bersammlung Donnerstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, im Saale der Grünhof-Brauerei „Vock“.

Große Schloßfreiheit-Lotterie... in derselben werden folgende Gewinne gezogen: Hauptgewinn 600,000 Mk.

Meyer Dombau- u. Marienburger Loose... macht sich die bayerische Serienloos-Gesellschaft für ihre Mitglieder in der Serie.

Zur Aufgabe... 1890 kommen unter die Mitglieder Haupttreffer im Gesamtbetrag von ca. 700,000 Mk.

Vollständige Geschäfts-Aufgabe... Der Ausverkauf wird fortgesetzt, das Waarenlager bietet noch eine reiche Auswahl modernster Möbelstücke.

Wegen Aufgabe meines Fußgeschäfts... stelle ich sämtliche garnirte Hüte, sowie Fußguthaten, als: Filzhüte, Sammete, Federn, Bänder, Spigen, Blumen u. a. m.

M. Hoppe, Tischlermeister... Werkstatt für Bau- und Laden-Einrichtungen. Segründet 1878.

Ein wahrer Schatz... für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Dr. Retau's Selbstbewahrung.

Die Kartoffelküche... Enthält: verschiedene der schmackhaftesten Kartoffelarten, Pasteten, Knödel, Kransen, Kartoffelbuden, Kartoffelbier, etc.

Hemdentuche... 83 cm breit, vorzüglich in Haltbarkeit das Stück 5,00, 6,00 u. 7,50 Mk.

W. L. Gutmann am Neumarkt... Eine Partie Limburger und Holländ. Käse Käfen sind abzugeben gr. Lastable 53.

Schützengarten... liefern wir kleine Quantitäten wie einzelne Ctr. Kohlen, zerkl. Holz, Torf u. Briquettes etc.

Fabrik für Eisenkonstruktionen... Lager schmiedeeiserner Träger in Normalprofilen von 80 bis 500 mm Höhe.

Brennmaterialien!... Eichen-Waldfholz, Spähne, Buchen, Birken und Kiefern-Brennholz.

